

Schön, dass ihr heute alle da seid – an diesem kämpferischen und widerständigen Tag!

Wir sind der **Care Block** – wir sind Fachpersonen aus der Kinderbetreuung, aus der Sozialen Arbeit und aus dem Bildungsbereich. Wir sind organisiert in den Basisgruppen **Kriso**, **Trotzphase** und **Krilp**. Wir sind **Care-Arbeiter:innen**, **FLINTA-Personen** und **Aktivist:innen** – und wir haben die Nase voll!

Wir kämpfen für gute Arbeitsbedingungen in der Care-Arbeit, gegen die systematische Abwertung unserer Berufe – und für das Wohlergehen der Menschen, mit denen wir jeden Tag arbeiten. Wir leisten bezahlte, unterbezahlte und unbezahlte Carearbeit – oft unter prekären Bedingungen. Wir sind wütend und wir sagen: **Es reicht!**

Dafür waren wir heute auf der Strasse und bleiben widerständig. Weil wir wissen: Die Krise in der Care-Arbeit ist kein neues Phänomen. Sie ist strukturell und politisch gewollt. Und wir sagen: **Nicht mit uns!**

Fachkräftemangel, Ressourcenknappheit, Überlastung, schlechte Löhne, zu grosse Gruppen, zu viele Fälle – das ist unser Arbeitsalltag. Und trotzdem halten wir diese Gesellschaft am Laufen. Aber anstatt uns zu entlasten, kürzt der Staat weiter: Mit dem sogenannten **Entlastungspaket 2027** sollen 3,6 Milliarden Franken eingespart werden – ein Drittel davon auf Kosten der sozialen Wohlfahrt.

Das bedeutet: Kürzungen bei der familienergänzenden Betreuung, bei der Opferberatung, bei der Bildung und bei der Gewaltprävention. Unsere Basisgruppen sind in ihren Berufsfeldern direkt von diesen Sparmassnahmen betroffen. Doch damit nicht genug: Auch laufende Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen in den Zürcher Kitas werden aktuell bedroht.

Und genau deshalb stehen wir heute hier – laut, solidarisch, wütend und organisiert!

In der **Kriso** setzen wir uns aktuell mit den angekündigten Sparmassnahmen des Bundes auseinander – dem sogenannten **Entlastungspaket 2027**. Aber wir fragen uns:

Entlastung – für wen? Während sich die Superreichen über Steuergeschenke freuen und das Militär ein Aufstocken seines Budgets um **4 Milliarden Franken** feiert, sollen gleichzeitig bis 2030 **3,6 Milliarden Franken** beim Bund eingespart werden – am meisten genau dort, wo die Menschen es am dringendsten brauchen und schon immer Ressourcenmangel besteht: in der **sozialen Wohlfahrt!**

Die Armee wird aufgerüstet – im Namen der "Sicherheit".

Doch welche Sicherheit ist gemeint, wenn **94 % der Frauen in der Armee sexualisierte Gewalt erleben? Eine Armee, die nicht einmal ihre eigenen Mitglieder schützt, soll uns alle schützen?**

Lächerlich! Gleichzeitig wird an der wahren Sicherheit gespart:

1,7 Milliarden weniger für soziale Arbeit, Schutzräume und Prävention.

Das bedeutet: Weniger Sicherheit für Gewaltbetroffene, weniger Schutz für Kinder, weniger Halt für Menschen in Not. **Geld für Panzer – aber weniger für die soziale Wohlfahrt. Diese Politik schützt keine Menschen – sie schützt ein System, das auf Ungleichheit baut.**

Und wer zahlt den Preis für diese Sparpolitik?

FLINTA-Personen, Geflüchtete, Betroffene von Gewalt – und letztlich wir alle!

Dieses Sparpaket ist nichts anderes als ein **massiver Angriff auf die Gleichstellung** und ein Rückschritt in der feministischen und sozialen Politik!

Konkret wird gespart bei **Integrationsbeiträgen für Geflüchtete:**

Statt auf echte Unterstützung zu setzen, wird auf Druck, Kontrolle und Strafe gebaut. Fachpersonen sollen mit immer weniger Ressourcen immer mehr leisten. Bei "Misserfolg" droht Geflüchteten der Entzug von Leistungen – Integration als Drohkulisse statt als Chance. Weiter wird bei **Finanzhilfen für die ausserschulische Kinder- und Jugendförderung gekürzt:**

Die Vielfalt und Qualität der Angebote geraten in Gefahr, kleine Trägerorganisationen könnten verschwinden und Fachpersonen würden mehr Fundraising statt Jugendarbeit leisten.

Ausbildungsbeiträge in der Opferhilfe werden gestrichen:

Das verletzt die **Istanbul-Konvention!** Opfer von Gewalt erhalten weniger Schutz, Hilfe wird zur Lotterie je nach Kanton, Fachpersonen schufteten unter miserablen Bedingungen - ein Verstoß gegen internationale Schutzstandards. Kürzungen bei der **Prämienverbilligungen für Krankenkassen sind ebenfalls geplant:**

Gesundheit wird zur Klassenfrage. Wer er sich nicht leisten kann, bleibt krank – oder geht noch tiefer

in die Schuldenfalle. Gespart soll auch in der **Bildung und Gewaltprävention** werden: Gelder für Kampagnen gegen Gewalt sollen gestrichen und Subventionen für ausserschulische Kinder- und Jugendförderung gekürzt werden. Das widerspricht der Istanbul-Konvention und gefährdet non-formales Lernen, Integration sowie den sozialen Austausch.

All das zeigt, dass die Adressat:innen der sozialen Arbeit, welche bereits alltäglichen Stigmatisierungen ausgesetzt sind, in der Politik keine Lobby erhalten. Der Bundesrat führt mit solchen Massnahmen zu weiteren Stigmatisierungen und trägt nicht dazu bei, soziale Probleme zu lösen, sondern diese zu reproduzieren.

Wir sagen: **Schluss mit dieser unsozialen Politik und fordern:**

- ✓ Eine gesicherte Finanzierung für den Opferschutz!
- ✓ Mehr Schutzplätze für Frauen und Mädchen!
- ✓ Kampagnen zur Aufklärung und Prävention!
- ✓ Eine konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention!

Denn: **Sicherheit bedeutet ein Leben ohne Angst – vor häuslicher, sexualisierter und genderspezifischer Gewalt!**

Organisieren wir uns – für eine feministische, solidarische und emanzipatorische soziale Arbeit!

Wir sind viele, wir sind laut, und wir geben keine Ruhe – bis sich etwas ändert!

Wir sind die Trotzphase: Wir sind eine Gruppe von Fachpersonen der schul- und familienergänzenden Kinderbetreuung, das heisst Fachpersonen aus Kitas, Horten, Tagesschulen und Tagesfamilien.

Seit neun Jahren kämpfen wir dafür, dass endlich die Arbeitsbedingungen in der Kinderbetreuung verbessert werden. Für mehr Anerkennung, sichergestellte Qualitätsstandards und für eine öffentlich finanzierte Kinderbetreuung. Unter anderem mit dem feministischen Streik 2019 haben wir enorm etwas ins Rollen gebracht. Heute wissen alle, welche Arbeit wir Betreuer:innen täglich leisten. Und mit Mobilisierungen, feministischen Streiks und Öffentlichkeitsarbeit haben wir eine zentrale Forderung – nämlich ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) in der Kitabranche – auch politisch auf die Tagesordnung gesetzt. Dieser Druck war enorm erfolgreich.

Im März 2024 sind Verhandlungen zwischen dem VPOD auf der Seite der Arbeitnehmer:innen und kibesuisse auf der Seite der Arbeitgeber:innen zu einem ersten GAV für die Stadtzürcher Kitas gestartet.

Bestandteil dieser Verhandlungen ist die Verordnung Kinderbetreuung. In der Verordnung werden wichtige Punkte für eine Verbesserung der Betreuungsqualität und für bessere Arbeitsbedingungen verankert. Und die Finanzierung des GAVs wird darin geregelt.

Bessere Arbeitsbedingungen schaffen heisst, mehr finanzielle Ressourcen für die Carearbeit bereitstellen!

Aber dieser Erfolg ist jetzt akut gefährdet. Denn gegen die Verordnung wurde im Dezember aus den Reihen von drei Kita-Betreiber:innen Rekurs eingereicht! Einer davon ist Christian Geier von der Kitakette Fugu und damit ausgerechnet einer, der selbst in der GAV-Verhandlungsdelegation der kibesuisse hockt! Die andere zwei gehören zu den Kita-Ketten Joey und Kinderparadies.

Mit dem Rekurs bedrohen sie nicht nur die bisherigen durchgesetzten Verbesserungen in der Verordnung, sondern auch die gesamten GAV-Verhandlungen. Denn wenn diese «Verordnung Kinderbetreuung» nicht in Kraft tritt, ist auch die Finanzierung des GAVs nicht mehr gesichert.

Wer gegen faire Löhne und klare Regeln in der Kita-Landschaft vorgeht, stellt sich auch gegen die Zukunft der Kinder und der ganzen Branche! Wirtschaftlich orientierte Kitaträgerschaften wie die Fugu-Kitakette sind schädlich für die Gesundheit von Kindern und Betreuer:innen. Denn es geht ihnen nicht um die Betreuungsqualität, sondern vor allem um Profit. Mit diesem Rekurs haben die Rekurrenten klar gemacht, dass es ihnen egal ist, wenn wir Betreuungspersonen überarbeitet früher oder später ins Burnout schlittern und wenn unsere psychische, physische und mentale Gesundheit den Bach ab geht. Profitorientierten Kita-Ketten sind hauptsächlich die Wirtschaftsfreiheit und der Wettbewerb wichtig.

Was nun?

Wir fordern eine rasche Behandlung und Ablehnung des Rekurses!

Einen guten GAV! Und endlich die verdiente Anerkennung für die wichtige Arbeit, die tagtäglich in den Kitas geleistet wird – und zwar durch angemessene Löhne und gute Arbeitsbedingungen! Lasst uns gemeinsam laut und deutlich zeigen, dass wir gegen den Rekurs sind, und dass wir für eine gute Kinderbetreuung kämpfen! Und dass wir die Sparpolitik nicht akzeptieren! Nur zusammen und organisiert können wir etwas gegen die Zustände in unserer Branche tun!

One Solution – Care-Revolution!

Im Care Block und in unseren Basisgruppen trotzphase, krielp und kriso organisieren wir uns am 14. Juni und darüber hinaus und fordern genügend Ressourcen für gute Bedingungen in der Betreuung, Bildung und im Sozialwesen! Gemeinsam wehren wir uns gegen die diversen Sparangriffe!

Der Protest endet nicht heute – unser Widerstand geht weiter!

Schliess dich uns an, werde Teil unserer Bewegung, **organisiere dich mit uns!**

Lasst uns ein Teil des Wandels sein. Denn: **Ein gutes, gesundes und sicheres Leben für alle holen wir uns nur gemeinsam zurück!**

Wir bleiben wütend, wir bleiben laut – und wir kommen wieder.

Bis sich endlich was bewegt. Die Strasse war heute nur der Anfang.

Mir sind de Care Block, mir hebed zäme

Sozis Ciao, Fabes Ciao, Lehrkräft CiaoCiaoCiao

Mir hend kei Bock meh, es brucht Ressource

Suscht hennd mir alli es Burnout (-out -out)